Die Europäische Union bekräftigt die positiven sozioökonomischen Auswirkungen des Agrarabkommens mit dem Königreich Marokko (dem offiziellen Bericht zufolge)

Brüssel–Die Europäische Union bekräftigte in ihrem Bericht vom Jahrgang 2023 die positiven sozioökonomischen Auswirkungen des Agrarabkommens mit dem Königreich Marokko und den gänzlichen Nutzen der Bestimmungen dieses Abkommens zu Gunsten von der Population der südlichen Provinzen des Königreichs Marokko.

Die Veröffentlichung dieses jährlichen Berichts auf Betreiben der Dienste der Europäischen Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes (des EAD) kommt am Tag im Anschluss an den Rückschlag des Generalanwalts am Gerichtshof der Europäischen Union zustande, der der Front Polisario etliche Vertretbarkeit entkleidete, die Relevanz dieses Agrarabkommens zwischen Rabat und Brüssel in den Vordergrund spielend.

Der Bericht, der Teil der Umsetzung des Abkommens in Form eines Briefwechsels ist und die Protokolle 1 und 4 des am 19. Juli 2019 in Kraft getretenen Assoziierungsabkommens Marokko-EU, allgemein bekannt als „Agrarabkommen“, abändert, setzt wie in den Vorjahren seinen positiven Ton fort, Punkt für Punkt auf die vielfältigen Aspekte der Vorteile eingehend, die dieses Abkommen zu Gunsten von der Population der südlichen Provinzen des Königreichs Marokko nach sich führe.

Der Bericht ist von doppelter Bedeutung und spiegelt einerseits die Qualität der Partnerschaft zwischen dem Königreich Marokko und der Europäischen Union

wider, von der zufriedenstellenden Umsetzung des Agrarabkommens bezeugend, im Besonderen dank der zwischen dem Königreich Marokko und der Europäischen Union bestehenden Instrumente zu Gunsten von dem Dialog und zu Gunsten von dem Informationsaustausch zweier Parteien. Und andererseits wird zum fünften Mal in Folge die vonseiten des Staates Algerien und vonseiten der Separatisten gespeiste Propaganda dekonstruiert, womit versucht worden ist, die Rechtmäßigkeit der Abkommen zwischen dem Königreich Marokko und der Europäischen Union in Frage stellen zu dürfen.

Anhand der Zahlen bestätigt das Dokument die positiven Auswirkungen dieses Abkommens auf die sozioökonomische Entwicklung der Regionen der marokkanischen Sahara in Hinsicht auf das Wirtschaftswachstum, auf die Produktion und auf die Ausfuhr von Agrar-und-Fischereiprodukten, auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und auf die Einspritzung von Investitionen.

In der Tat wurden in 2022, dem Bericht zufolge, 203.000 Tonnen Produkte aus den südlichen Provinzen des Königreichs Marokko in die Europäische Union exportiert, verglichen mit rund 100.000 Tonnen vor der Anwendung des Abkommens. Der Wert der Ausfuhren aus den südlichen Provinzen in die Europäische Union belief sich auf 590 Millionen Euro (im vorliegenden Falle auf 6,410 Milliarden DH).

Die Auswirkungen auf die Beschäftigung sind ebenso offensichtlich. Die Zahl der Arbeitsplätze ist im Vergleich zu 2021 angestiegen: Einschätzungen zufolge hätte das Abkommen in 2022 die Schaffung von mehr als 49.000 direkten Arbeitsplätzen in den

südlichen Provinzen ermöglicht (+ 7.000 im Vergleich zu 2021), was etwas mehr als 18% der aktiven Population dieses Territoriums entspricht.

Die europäische Exekutive und der EAD stellen außerdem die wichtigen Infrastrukturprojekte klar heraus, die sich derzeit im Aufbau befinden, im Besonderen in den Bereichen der Meerwasserentsalzung und der erneuerbaren Energien, sowie die Auswirkungen der ergriffenen Maßnahmen in Bezug auf die Investitionen, auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und auf die sozioökonomischen Aspekte wie beispielshalber Integration, tatkräftige Jugendförderung bzw. Infrastrukturausbau.

Er nimmt überdies die Auswirkungen des Abkommens auf die natürlichen Ressourcen unter die Luppe, feststellend, dass das Königreich Marokko wichtige Maßnahmen im Kampf gegen die Wasserknappheit ergriffen hat, indem es Hunderte Millionen Euro in die Entwicklung der Wasserentsalzungsanlagen eingespritzt hat, die mit erneuerbaren Energiequellen betrieben werden.

Er unterstreicht ferner, dass diese Investitionen vermöge ihrer Multiplikatorwirkung auf verschiedenen Ebenen zur wirtschaftlichen Entwicklung dieses Territoriums beisteuern und ihre Attraktivität für hiesige und internationale Investoren aufstocken sollten, während sie bei derselben Gelegenheit den Weg zu Gunsten von der Entwicklung neuer Industrieaktivitäten ebnen dürften, denen die Vereinbarung zugutekommen dürfte.

Insgesamt betont der dreißigseitige Bericht die erheblichen Fortschritte, die das Königreich Marokko

bei der sozioökonomischen Entwicklung seiner südlichen Provinzen im Rahmen des vonseiten seiner Majestät des Königs Mohammed VI in die Wege geleiteten „Entwicklungsprogramms 2016-2021“ vermittels der Umsetzung von großangelegten sozioökonomischen Projekten und von verschiedenen öffentlichen Maßnahmen in diesen Regionen erzielt hat.

Durch seinen Ton und durch die bereitgestellten ausführlichen Daten spiegelt der Bericht die befriedigende Umsetzung des Abkommens wider, die beständige Entwicklung des Handels zwischen den beiden Parteien dank des Zollmechanismus hervorhebend, woraus marokkanische Produkte aus diesen marokkanischen Regionen, die für die Ausfuhr in die Europäische Union bestimmt sind, von den zwölf Parteien ausgeschlossen werden.

Ohne irgendeinem Aspekt ausweichen zu dürfen, betont der Bericht die bedeutenden Erfolge des Königreichs Marokko zu Gunsten von dem Schutze der Menschenrechte auf nationaler Ebene sowie seine federführende Rolle auf multilateraler Ebene, seine Wahl zum Vorsitze des UNO-Menschenrechtsrats beleuchtend.

Er ruft die Erinnerung an die Qualität des vonseiten des Königreichs Marokko und der Europäischen Union im Rahmen der Dialogstrukturen des Assoziierungsabkommens geführten Dialogs und an die wichtige Rolle der regionalen Menschenrechtskommissionen in Dakhla und in Laâyoune wach, die in der jüngsten Resolution des UNO-Sicherheitsrates bekundet worden war.

In der Tat konnten die EU-Dienststellen einen Meinungsaustausch mit verschiedenen Wirtschaftsakteuren und Vertretern der Zivilgesellschaft führen, darunter auch mit Nichtregierungsorganisationen, die im Bereiche der Menschenrechte in diesen Regionen tätig sind, was die überragende Bedeutung des Abkommens und dessen zufriedenstellende Umsetzung sowie dessen positive Auswirkungen auf die sozioökonomische Entwicklung der Regionen der marokkanischen Sahara widerspiegele.

In Bezug auf die nationale Frage greift der Bericht der eindringlichen Einforderung des UNO-Sicherheitsrats nach einer Registrierung der in den Lagern Tinduf in Algerien sequestrierten Population unter die Arme, fortfahrend, wie wichtig es sei, etliche erforderlichen Maßnahmen zu diesem Zweck ergreifen zu haben. Er ruft in Erinnerung die entschlossene Unterstützung der Europäischen Union zu Gunsten von dem persönlichen Gesandten des UNO-Generalsekretärs, zu Gunsten von Herrn Staffan De Mistura, und zu Gunsten von dem UNO-Prozess und ist gleichzeitig bereitwillig, zum Erstarken der regionalen Zusammenarbeit den Beitrag leisten zu haben.

Mit diesem Bericht, der wie eine zu erteilende Abfuhr an den Staat Algerien einläute, bekundet die Europäische Union ihr Engagement zu Gunsten von der Beständigkeit der Handelsbeziehungen mit dem Königreich Marokko, einmal mehr das Engagement der europäischen Institutionen zu Gunsten von der Stabilität und zu Gunsten von der Entwicklung der langjährigen Beziehungen sowie zu Gunsten von der strategischen und umfassenderen

Wirtschaftspartnerschaft mit dem Königreich Marokko zum Schluss aufklärend.

Quellen:

http://www.corcas.com

http://www.sahara-online.net

http://www.sahara-culture.com

http://www.sahara-villes.com

http://www.sahara-developpement.com

http://www.sahara-social.com